

## Polens Spiel mit dem Deutschland-Hass

Veröffentlicht am 21.01.2022 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Philipp Fritz



Plakate in Polen fordern von Kanzler Scholz Reparationen

Quelle: Philipp Fritz

Deutsche, die durch Warschauer Straßen gehen, trauen ihren Augen nicht. Dort sind Olaf Scholz oder Angela Merkel abgebildet – teils zusammen mit Adolf Hitler und Joseph Goebbels. Aber was wie eine extreme Entgleisung wirkt, hat inzwischen System.

In weißen Lettern steht es auf dem Plakat: „Kanzler für Deutschland.“ Dahinter verschränkt Olaf Scholz lässig seine Arme. Was aussieht wie ein deutsches Wahlplakat mitten in Warschau, verbreitet eine andere Botschaft, als sie von der SPD im zurückliegenden Wahlkampf zu hören war. Der nächste Satz lässt viele Passanten genauer hinschauen. Dort steht: „Reparationen für Polen!“

Das Plakat soll eine Aufforderung an die Bundesregierung sein, Entschädigungen für die von Deutschen begangenen Verbrechen an Polen zu zahlen. Eine Forderung, die völkerrechtlich längst keinen Bestand mehr hat. Gleich daneben hängen drastischere Motive.

Sie zeigen den deutschen Botschafter in Polen, Arndt Freytag von Loringhoven, und auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer Reihe mit Hitler und Goebbels. Darunter sind die Logos der Organisationen abgedruckt, die offenbar die Kampagne unterstützen, etwa das der „Gazeta Polska“, ein nationalistisches Hetzblatt, aber auch das offizielle Logo des polnischen Kulturministeriums.

Die Plakate hängen im Zentrum der Hauptstadt. Sie waren ein Begrüßungsgeschenk zum Antrittsbesuch von Kanzler Scholz im Dezember in Polen. Kurz zuvor hatte der Chef der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jaroslaw Kaczynski, der Regierung in Berlin vorgeworfen, in Europa ein „viertes Reich“ (</politik/ausland/article235864860/Polen-PiS-Parteichef-wirft-Ampel-Koalition-Aufbau-eines-Vierten-Reichs-vor.html>)“ errichten zu wollen. Als Vizepremierminister ist er nicht irgendein Regierungsmitglied.

Die Plakatkampagne und die Äußerung Kaczynskis sind nur zwei Beispiele einer schrillen Stimmungsmache, die im Jahr 2015 mit dem Wahlsieg der PiS an Fahrt aufnahm. In keinem EU-Land werden so oft deutschlandfeindliche Ressentiments bedient wie in Polen. Das Spiel mit dem Hass gehört zum Repertoire der politischen Klasse, der Staatsmedien, aber auch von Künstlern, die entsprechende Plakate gestalten und verantworten.

Sachliche Kritik, etwa an der deutsch-russischen Pipeline Nord Stream 2, die in Polen als Gefahr für Europas Sicherheit gewertet wird oder unterschiedliche Haltungen in der Migrationspolitik, sind längst in den Hintergrund getreten. In Aussagen von Politikern oder Fernsehsendungen dominiert stattdessen ein schräges Deutschland-Bild. Berlin wird als Imperium dargestellt, das einen Aufstieg Polens nicht zulassen möchte, gleichzeitig aber „irritiert“ oder „neidisch“ auf Polens Erfolge in der Wirtschaft sei.

Beklagt wird Deutschlands angeblich übergriffiger Liberalismus. Eine solche Gefahr meinten Staatsmedien gar aus dem neuen Koalitionsvertrag der Bundesregierung rauszulesen. Angeblich in Gestalt eines deutschen „Superstaates“, den Berlin in Europa formen will, so behauptet es der berühmte Fernsehmoderator Michal Rachon.

Dabei sind die Wirtschaftsbeziehungen ausgezeichnet, die Sicherheitskooperation in der

Nato eng. Flankiert werden die Anfeindungen oft von Nazi-Vergleichen und Falschbehauptungen ([/politik/ausland/article191282209/Gigantenzecken-Wie-Polens-Staatsfunk-Horrorszenarien-ueber-Deutschland-verbreitet.html](https://politik/ausland/article191282209/Gigantenzecken-Wie-Polens-Staatsfunk-Horrorszenarien-ueber-Deutschland-verbreitet.html)). So behauptete Janusz Kowalski, Mitglied der Regierungskoalition im Parlament, zuletzt immer wieder eine systematische Diskriminierung der in Deutschland lebenden Polen und forderte im Gegenzug, weniger Geld für den Sprachunterricht der deutschen Minderheit in Polen bereitzustellen.

Lange wurde diese Stimmungsmache von deutschen Politikern als eine Folge von Einzelfällen abgetan. Mittlerweile schlägt sie sich in den deutsch-polnischen Beziehungen nieder. Mit öffentlichen Äußerungen dazu sind Politiker in Berlin zurückhaltend.

Das Verhältnis zu Warschau wollen viele nicht weiter belasten, die Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg in Polen sind ohnehin nicht zu relativieren. Doch wer sich in Berlin umhört, vernimmt überall Zweifel, ob Polen ein verlässlicher Partner ist, mit dem sich die Zukunft der EU gestalten lässt.

Diesen Eindruck bestätigen Experten für das deutsch-polnische Verhältnis. Für Agnieszka Lada-Konefal, stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt, sind die deutschlandfeindlichen Kampagnen von „innenpolitischen Motiven“ getrieben. „Bei 17 Prozent der polnischen Wählerschaft lässt sich dauerhaft ein Ressentiment gegenüber Deutschland feststellen. Das korrespondiert mit dem harten Kern der PiS-Wähler. Der liegt etwa bei 20 Prozent“, sagt die Expertin WELT AM SONNTAG.

## **Wettbewerb um die lauteste Deutschland-Schelte**

Für Adam Traczyk von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) ist diese Zahl der mutmaßlichen Unterstützer aber zu klein, um die andauernde Agitation ausreichend zu erklären. „Sie ist schlichtweg ziellos und irrational“, sagte Traczyk zu WELT. „Es geht nicht um harte Interessen, sondern darum, recht haben zu wollen, sich vielleicht moralisch überlegen ([/debatte/kommentare/plus231819047/Moralisieren-statt-Politik-Niemand-ist-deutscher-als-die-Gruenen.html](https://debatte/kommentare/plus231819047/Moralisieren-statt-Politik-Niemand-ist-deutscher-als-die-Gruenen.html)) zu fühlen.“ Mit zweifelhaften Folgen: „Polen wertet

sich mit dieser vermeintlichen Politik der Stärke international nicht auf. Das Gegenteil ist der Fall.“

Eine präzise abgestimmte Strategie vermutet Lada-Konefal eher nicht hinter den Kampagnen. Politiker oder Medien wüssten oft nichts von den Vorhaben der jeweils anderen. Vielmehr stehen sie inzwischen in einem Wettbewerb um die lauteste Deutschland-Schelte. „Die Kampagnen einzelner Politiker oder der Staatsmedien sind geprägt davon, dass Kaczynski überall Feinde sieht und dass er sich im Grunde nicht für Außenpolitik interessiert.“

Die Parteiführung hat somit ein System geschaffen, in dem sich Akteure gegenseitig überbieten. Eine Ideologie, die auf weit mehr zielt als auf das deutsche Nachbarland. „Die Kampagnen sind allgemeiner, sie sind Kritik an der EU, dem Westen, dem Liberalismus“, sagt Lada-Konefal.

Auf wenig Unterstützung dürfen Politiker hoffen, wenn sie sich um konstruktive Beziehungen zu Berlin bemühen. Der ehemalige Außenminister Jacek Czaputowicz war bekannt für einen gemäßigten Ton und sein gutes Verhältnis zu seinem Amtskollegen Heiko Maas (</politik/ausland/plus209691031/Heiko-Maas-in-Polen-Kalt-erwischt.html>). Im August 2020 trat er zurück. In Warschau hieß es, sein Stil sei der Parteiführung missfallen.

Dass sogar EU-Politiker mit deutschen Verbrechen in Verbindung gebracht werden, erfuhr erst im November EU-Justizkommissar Didier Reynders. Während eines Besuchs in Warschau überreichte ihm der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro eine Fotografie der im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen zerstörten Hauptstadt – was wohl als allgemeiner Hinweis zu verstehen war, wohin ein schändlicher Umgang mit Polen führen könne.

Ziobro verteidigte nach dem Treffen Polens umstrittenen Justizumbau, den Brüssel und inzwischen deutlicher auch Berlin kritisiert. Reynders stammt übrigens aus Belgien. Einem Land, das im Zweiten Weltkrieg auch von Deutschland überfallen wurde.

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/236104532>